

Der Schweizer Finanzplatz im Wandel : gefährdete Konstanten des Bankwesens

Autor(en): **Gut, Rainer E.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **64 (1984)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-164127>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rainer E. Gut

Der Schweizer Finanzplatz im Wandel

Gefährdete Konstanten des Bankwesens

Das Bankwesen befindet sich in aller Welt, so auch in der Schweiz, in einer Phase des Umbruchs und der Neuerung, wie es sie seit dem 15. Jahrhundert, also seit der Geburtsstunde der modernen Kreditwirtschaft, nicht mehr gekannt hat. Diese Feststellung trifft zweifellos den Kern der Sache. Aber in der Flucht der Erscheinungen bestehen gerade im helvetischen Bankwesen wichtige *Konstanten*.

Kontinuität im Wandel

Hierzu gehören vor allem die bewaffnete *Neutralität* und politische *Stabilität* des Landes, seine fortschrittliche, *weltoffene Wirtschaft*, seine fleissige Bevölkerung mit ihrem *hohen Sparsinn*, seine harte, stets konvertibel gebliebene Währung, der gewährleistete *Schutz der Persönlichkeitsrechte*, wie sie sich im Bankgeheimnis niederschlagen, und schliesslich nicht zuletzt die Grundvoraussetzungen des Bankierberufs, die *Ehrlichkeit und Loyalität*.

Dieses Fundament prägt die schweizerischen Banken seit altersher; auch künftig sind sie darauf angewiesen und werden zu seiner Sicherung selbstverständlich das Nötige vorkehren. Davon zeugen beispielsweise das von ihnen getroffene *Abkommen über die Sorgfaltspflicht* oder ihre Haltung zur Insider-Frage. Aber wenn sie in den letzten anderthalb Jahrzehnten ihren Mann stellten, so nicht allein wegen dieser schweizerischen Grundwerte, sondern wegen ihrer elastischen *Anpassung an die breite Woge neuer Arbeitsbedingungen, neuer Formen und Techniken*, welche im Bankgeschäft seit Mitte der sechziger Jahre Einzug hielten. Aus einem noch vor kurzem als konservativ verschrieenen Wirtschaftszweig ist eine *Branche voller zukunftsorientierter Dynamik* und entsprechender Problematik geworden.

Wie durch eine Linse konzentriert, zeigt sich der Charakter dieser Entwicklung in einigen *Schlüsselziffern*. Die Zahl der Bankangestellten stieg

von etwa 1 % der schweizerischen Erwerbstätigen in den fünfziger Jahren auf heute 3 % oder fast 100 000 Mitarbeiter an. Rechnet man noch den geschätzten Personalbestand in den von den Banken direkt begünstigten Branchen, wie Versicherungen, Stadthotellerie, Anlageberater, Rechtsanwälte und ähnliche Berufe, hinzu, so wären 8 % bis 9 % aller Arbeitsplätze vom Finanzplatz abhängig; dieser nähme damit heute innerhalb unserer Volkswirtschaft einen ähnlichen Platz wie die Automobilindustrie in der Bundesrepublik ein.

Oder ein anderer Tatbestand: Wuchsen die *Bilanzsummen* aller schweizerischen Banken seit 1906, dem ersten Jahr offizieller Bankstatistiken in der Schweiz, über ein halbes Jahrhundert lang mehr oder minder im Gleichschritt mit dem Sozialprodukt, so eilen sie diesem seit den sechziger Jahren um das Zweifache voraus. Mit 611 Milliarden Franken übertreffen sie jetzt das schweizerische Sozialprodukt etwa um das Doppelte.

Im *weltweiten Bilanzsummen-Vergleich*, wo sie heute unter den führenden Banken der Erde in den dreissiger bis fünfziger Rängen stehen, bürsteten sie jedoch eher Positionen ein. Lediglich in einigen Teilsparten, namentlich im Emissions- und Anlagegeschäft, aber auch im Devisen- und Edelmetallhandel haben sie international die Spitzenplätze gehalten oder neu errungen.

Grosso modo war diese etwas ambivalente Entwicklung von vier grossen, ineinander verflochtenen *Kraftfeldern* beherrscht, die aller Voraussicht nach in absehbarer Zeit wirksam bleiben werden. Es sind dies: 1. gesellschaftliche und wirtschaftliche Verschiebungen in der Schweiz, 2. die Internationalisierung des Bankwesens, 3. die Politisierung des Bankgeschäfts und 4. die gewandelten Wettbewerbsverhältnisse. Diese Einflüsse seien in ihrer Tragweite etwas ausgelotet.

Bankendichte

Zu den zentralen prägenden Kräften des schweizerischen Bankwesens gehörten selbstverständlich die Umweltverhältnisse im eigenen Land, darunter namentlich die *Ansprüche einer immer wohlhabenderen Bevölkerung* und einer sich zusehends internationalisierenden Wirtschaft.

Sie veranlassten die Institute, die *Palette ihrer Leistungen* – weit über die hergebrachten Kredit- und Zahlungsformen hinaus – in grossem Bogen über die Projektfinanzierung bis zu fast exotischen Spielarten der Unternehmensfinanzierung oder des Devisengeschäfts, wie Währungs- und Zinssatz-Swaps oder Transaktionen in «Financial Futures», auszudehnen. Auch der Universalbank-Charakter und die Dienstleistungsbereitschaft

wurden allenthalben stark betont. Im Banne dieser Trends suchten die Institute durch Filialgründungen näher und näher an die Kundschaft heranzurücken.

Diese Bewegung, die das *Geschäftsstellennetz* der Banken in der Schweiz seit Ende der fünfziger Jahre um 29 % auf 5069 Einheiten anwachsen liess, wurde *mancherorts beanstandet*. Sie ist in der Tat weit gegangen; und wenn die Voraussagen über den künftigen elektronischen Bankverkehr nur einigermaßen zutreffen, so dürfte ihr Ende in Sicht, wenn nicht schon erreicht sein. Darob sollten allerdings ihre *volkswirtschaftlichen Vorteile* nicht übersehen werden. Die Bankendichte förderte hierzulande eine in Europa seltene Härte der Bankenkonkurrenz. Als Folge davon erfreut sich die Schweiz, wie die niedrige Marge von unter 1½ % im innerschweizerischen Kreditgeschäft zeigt, besonders sorgfältiger und in vielen Fällen auch der *billigsten Bankdienste der Welt*. Der Wettbewerbskraft unserer Wirtschaft und damit der Beschäftigung kam das sehr zugute. Ob sich dieser Vorteil allerdings in die Zukunft hinüberretten lassen wird, scheinen neuere Trends in Frage zu stellen.

Verteuerungstendenzen im Kapitalangebot?

Angespielt wird auf die Konsequenzen des tiefgreifenden Strukturwandels, der sich in der Ersparnisbildung der Schweiz während des letzten Vierteljahrhunderts vollzogen hat. Machte das Unternehmen- und Haushaltsparen 1965 noch 63 % der schweizerischen Ersparnisbildung aus, so ist dieser Prozentsatz mittlerweile auf 53 % gesunken. Demgegenüber hat sich der Anteil des Versicherungssparens gleichzeitig von 24 % auf 34 % erhöht.

Durch diese Verlagerungen werden *wachsende Mittel in den Händen professioneller, besonders versierter Anleger* zusammengeballt, die beim Placement ihrer Gelder in bezug auf Zinssatz und Kommissionen besonders günstige Bedingungen fordern können und auch erlangen. Das durch die neuen elektronischen Hilfsmittel ermöglichte moderne Cash-Management verleiht dieser Entwicklung zusätzliche Impulse.

Hinzu kommen die erweiterten Anlagemöglichkeiten, die den professionellen Investoren durch einige auch von unseren Behörden geteilte *bankpolitische Modetrends* eröffnet werden. Gedacht ist an die Förderung eines eigentlichen Geldmarktes in unserem Land und die kürzlichen, in ähnliche Richtung zielenden Beschlüsse, welche die Marktgängigkeit der bisher kaum handelbaren mittelfristigen Franken-Papiere ausländischer Geldnehmer – der sogenannten Notes – erhöhten. Stand den institutionellen Anlegern zuvor für relativ hochverzinsliche Anlagen in Schweizerfranken

allein der Euromarkt zur Verfügung, so besitzen sie dafür jetzt auch im Inland Gelegenheiten, denen die Banken im Konditionenwettbewerb Paroli halten müssen.

Man mag diese Entwicklung aus der Sicht der Assekuranz oder Pensionskassen begrüßen. Man mag sie auch als Ausfluss liberalen Wirtschaftsdenkens willkommen heissen. Nicht zu übersehen aber ist, dass die so bewirkte *Verteuerung der bankmässigen Finanzierungsmittel* in Form erhöhter Zinssätze für Kredite, nicht zuletzt Hypotheken, weitergegeben werden muss.

Schwierigkeiten für Klein- und Mittelbetriebe?

Diese Bedenken wiegen um so stärker, als Pensionskassen, Versicherungen und andere institutionelle Anleger aus gesetzlichen oder statutarischen Gründen ihre bedeutenden Mittel weitgehend festverzinslich bei sogenannten mündelsicheren Schuldner anlegen müssen. Sie tendieren daher gesamthaft, von den Hypotheken abgesehen, zum Erwerb handelbarer Papiere. Seit geraumer Zeit fliesst darum ein *wachsender Teil der volkswirtschaftlichen Ersparnisse dem Kapitalmarkt* zu, der als Finanzierungsquelle gegenüber dem Bankkredit deutlich an Terrain gewinnt. Machten die Geldaufnahmen inländischer Emittenten im Jahresmittel 1960/62 erst ein Sechstel der neu gewährten Inlandkredite aus, so stellte sich die entsprechende Quote in den letzten drei Jahren bereits auf knapp ein Drittel.

Unverkennbar werden durch diese Tendenzen emissionsfähige Schuldner, wie der Staat, Versorgungsbetriebe oder Grossunternehmen, bei der Geldbeschaffung begünstigt, während sich für kleinere und mittlere Firmen die Lage eher verschlechtert. Ein traditioneller Wesenszug der schweizerischen Geldwirtschaft – die *gleichmässige Mittelversorgung aller Regionen und Schuldner, ohne Ansehen der Grösse* – droht sich zu verlieren, mit all den Konsequenzen, die das in unserem kleinen, föderalistischen Land haben müsste.

Aus derartigen Überlegungen wurde jüngst angeregt, nach der vor einigen Jahren geschaffenen Emissionszentrale für die Gemeinden ein ähnliches *Institut für private Unternehmen* zu schaffen; es soll mittleren und kleineren Betrieben den bisher versperrten Weg zur Mittelaufnahme am Kapitalmarkt öffnen und so deren spezifische Finanzierungsprobleme mildern. Das Projekt hat erfreulichen Anklang gefunden und ist auf dem Wege der Verwirklichung.

Für die Banken selber haben diese und einige noch zu erwähnende Trends zur Folge, dass der Anteil der Zinseinkünfte, einschliesslich der

Diskonte, am Bruttoertrag, der Mitte der fünfziger Jahre noch etwa die Hälfte ausmachte, seither auf gut ein Drittel zurückgegangen ist, während sich jener der Einnahmen aus dem nicht bilanzrelevanten Kommissions-, Devisen- und Edelmetallgeschäft gleichzeitig auf 42 % erhöhte. Als Folge dieser Gewichtsverschiebung unter den Einnahmequellen sind die *Bankgewinne konjunktur- und konkurrenzanfälliger* geworden; in der Diskussion über das Bankwesen wird dieser Tatbestand oft übersehen; er ist aber für die Belastbarkeit dieser psychologisch und wirtschaftlich empfindlichen Branche von grosser Wichtigkeit.

Mangel an Risikokapital

Nachdenklich stimmt ferner der aus der Umschichtung der Ersparnisbildung resultierende Bedeutungsschwund des Haushalt- und Unternehmen-Sparens, der wichtigsten Quelle des *Risikokapitals*. Letzteres ist aber für eine dynamische Volkswirtschaft unerlässlich. Da es zudem die Grundlage der Unternehmensfinanzierung bildet, kann sein Mangel mit der Zeit weitherum Finanzierungsengpässe und Beschäftigungsschwierigkeiten heraufbeschwören. Ob die heute bei uns so rege diskutierten Innovationsprobleme und Strukturschwächen bereits darauf zurückzuführen sind, bleibe dahingestellt.

Zur Verbesserung der finanziellen Resistenz der Wirtschaft sind jedenfalls Massnahmen dringend, *das Angebot an Risikokapital wieder zu erhöhen*. Zu denken wäre vor allem an eine entsprechende Liberalisierung des Anlagereglements von Lebensversicherungen und Pensionskassen, die Abschaffung der Doppelbesteuerung von Dividenden – zuerst beim Unternehmen als Gewinn und dann beim Aktionär als Einkommen – sowie ferner die baldige Erfüllung des Verfassungsauftrags, die dritte Säule, also das private Sparen, zu fördern.

Im Sog der Internationalisierung

Stärkere Aufmerksamkeit als die Wandlungen im eigenen Land fanden inner- wie ausserhalb der Schweiz die nachhaltigen Einflüsse, die auf das hiesige Bankwesen von der fortschreitenden *Internationalisierung des Geld- und Kreditverkehrs* ausstrahlten. Die Hauptimpulse dieser Bewegung – der technische Fortschritt, die Entkolonialisierung, die Entwicklungsfinanzierung, die flottierenden Wechselkurse, die durch die Erdölrevolution

ausgelösten neuen zwischenstaatlichen Geldströme und last but not least die Euromärkte – sind bekannt.

Wohl nahmen an der dadurch ausgelösten stürmischen Expansion des internationalen Geschäfts nicht alle schweizerischen Banken mit gleicher Intensität teil. Wie wuchtig der Vorgang aber im ganzen war, erhellt die Tatsache, dass 1965 von der zusammengefassten Bilanzsumme der Schweizer Banken auf der Aktivseite wie bei den Passiven erst 18 % auf das Ausland entfielen. Trotz der mittlerweile eingetretenen Versechsfachung der Bilanzsummen stellten sich diese Verhältnisziffern 1982 bereits auf 38 % bzw. 32 %.

Beim Zitieren solcher Zahlen beginnen manche ironisch zu lächeln und behaupten, den hiesigen Banken wären diese Erfolge ohne eigenes Zutun dank des erprobten Rufes der Schweiz als Finanzplatz in den Schoss gefallen. Zweifellos spielte dieser eine wichtige Rolle; zweifellos flossen den Banken Auslandgelder gelegentlich ungestüm zu und werden das in unruhigen Zeiten wohl auch künftig tun. Die *Alltagsarbeit des Bankiers* im internationalen Geschäft sieht jedoch völlig anders aus. Hier steht er einer grossen, aggressiven und kenntnisreichen ausländischen Konkurrenz um eine Kundschaft gegenüber, die in Finanzdingen sehr versiert und von allen Seiten stark hofiert ist. Nur mit angestrenzter Arbeit, sorgfältigen Strategien und erheblichem Know-how kann er deshalb im Ausland Akquisitionsergebnisse erzielen.

Dabei geht es keineswegs allein um Einlagen oder Wertpapiere in Schweizer Franken, sondern immer mehr um *Guthaben und Titel in anderen Ländern und Währungen*. Tatsächlich lauten heute von den Einlagen bei schweizerischen Banken 29 % und von jenen bei den Grossbanken 38 % auf ausländische Währungen, insbesondere Dollar. Die von ihnen für ihren weltweiten Börsenhandel geführte Datenbank verfolgt laufend rund 130 000 Aktien und Obligationen aus 80 Ländern – eine Zahl, die unseres Wissens von ähnlichen Einrichtungen anderswo in der Welt bei weitem nicht erreicht wird.

Bei dieser aufmerksamen Pflege der Kundschaft und den übrigen Vorzügen des schweizerischen Finanzplatzes strömten ihm vom Ausland je und je beträchtliche Mittel zu. Dabei handelt es sich, nach allen verfügbaren Schätzungen, ganz überwiegend um Vermögenswerte, die im Einklang mit den Vorschriften der Herkunftsstaaten in unser Land gebracht wurden.

Gewiss finden sich auch andere Gelder in der Schweiz. Aber dass sie sich von ihrer Heimat abkehrten, ist – wie der Präsident eines Nachbarstaates kürzlich feststellte – kein Problem des Aufnahmelandes Schweiz, sondern der Herkunftsländer.

Schweizer Banken im Dienst der Exportwirtschaft

Zudem haben die hiesigen Banken die zugeflossenen Gelder pro Saldo nicht in der Schweiz eingesetzt, sondern zusammen mit den beträchtlichen Ersparnisüberschüssen des eigenen Landes in fremden Staaten angelegt. Entsprechend weisen die Schätzungen über das *schweizerische Auslandvermögen*, das mit 440 Milliarden Franken die Anlagen von Ausländern in unserem Land um rund 160 Milliarden übertrifft, die Schweiz als Kapital-exportland par excellence aus, und zwar ganz besonders auch gegenüber den Entwicklungsländern.

Die Banken als Hauptträger dieses massiven Geldstroms haben sich dabei nie als reine Finanzdrehscheibe empfunden. Aus ihrer Sicht können sie auf die Dauer nur florieren, wenn die übrige schweizerische Wirtschaft, also vor allem die Industrie, der Handel und das Gewerbe, ebenfalls prosperieren. *Finanzplatz und Werkplatz* stehen nicht, wie es von der Zeit überholte Ideologen wollen, zu einander im Gegensatz, sondern gehören aufs engste zusammen. *Kapitalexport ist letzten Endes immer Warenexport*.

In diesem Sinne sahen die hiesigen Banken die Förderung der beschäftigungswichtigen schweizerischen Aussenwirtschaft je und je als ein zentrales Ziel ihrer internationalen Tätigkeit an. Ihre traditionellen Techniken haben sie denn auch um verschiedene, von der Zeit geforderte Instrumente, wie die Exportfinanzkredite oder die Forfaitierung, erweitert und neue Risiken übernommen.

Aber nicht nur durch die eigenen Kreditengagements, sondern auch durch den von ihnen betriebenen *Kapitalexport in Emissionsform* ebneten sie der schweizerischen Wirtschaft den Zugang zu den Auslandmärkten. Tatsächlich ist die Schweiz mit Geldaufnahmen ausländischer Emittenten in Höhe von durchschnittlich 28 Milliarden Franken im Jahr jetzt wieder der grösste internationale Emissionsplatz ausserhalb des Euromarktes. Und selbst auf diesem nehmen befreundete Gesellschaften der hiesigen Banken heute führende Positionen ein. Dank des Gewichts dieser Stellung wird die schweizerische Industrie bei Vergabungen der Weltbank gleich wie jene von Mitgliedländern behandelt, und ähnliche Zusatzvorteile liessen sich häufig, wenn auch leider nicht immer, bei Verhandlungen mit anderen Geldnehmern herausholen.

Über Mass und Mitte im Auslandgeschäft

Diese Leistungen zugunsten der schweizerischen Aussenwirtschaft erbringen die Banken selbstverständlich nicht allein im Gesamtinteresse,

sondern auch aus Ertragsgründen. Immerhin dürfen sie für sich in Anspruch nehmen, dabei das Mass in etwa gewahrt zu haben. Sowohl im Kredit- als auch im Emissionsgeschäft konzentrierten sie sich auf Geldnehmer aus westlichen Industriestaaten und die grossen internationalen Entwicklungsbanken, also die kreditwürdigsten Schuldner der Welt. Von ihren Auslandengagements entfallen darum *bloss 10 % auf die heutigen Problemländer*.

In absoluten Ziffern ist das mit 24 Milliarden Franken gewiss kein Pappenstiel. Indessen entspricht dieser Betrag bei uns bloss 55 % der bankgesetzlich vorhandenen und einem noch kleineren Prozentsatz der wirklichen eigenen Mittel, während diese Engagements beispielsweise bei grossen privaten Banken im Ausland die Höhe der Eigenmittel um bis fast das Dreifache übersteigen; bei verstaatlichten Institutionen sind diese Relationen gelegentlich noch ungünstiger.

Für unsere Bankenkritiker, die auf diesem Gebiet von der Relativitätstheorie offenbar wenig halten, ist das kein Anlass zur Kurskorrektur. Entschieden muss aber der verbreiteten Ansicht entgegengetreten werden, der breite Geldstrom in die Entwicklungswelt sei sozusagen nutzlos verpufft. Das Gegenteil trifft eher zu. Trotz mancher Fehlinvestitionen sind bedeutende produktive Werte entstanden.

Symptomatisch dafür ist, dass der Verzehnfachung der internationalen Schuld der Schwellen- und Entwicklungsländer seit den ersten siebziger Jahren auf heute etwa 750 Milliarden Dollar nur eine Verdoppelung der Schuldendienstrelation, also des Verhältnisses zwischen Zins- und Tilgungszahlungen zu den Exporterlösen, bzw. bloss eine Verdreifachung der reinen Zinsdienstrelation gegenübersteht. Und dies, obwohl die Welt die härteste Rezession seit dem letzten Weltkrieg und die höchsten Zinssätze seit Menschengedenken kaum hinter sich hat.

So scheinen sich die Schwellenländer heute in einer ähnlichen Situation zu befinden wie die Vereinigten Staaten vor 150 bis 100 Jahren, die damals, gemessen an ihrer Exportkraft, ebenfalls Schuldenprobleme hatten.

Zukunftsorientierte, mutige Massnahmen erwünscht

Aus diesen Relationen und Umständen ist zu folgern, dass heute zwar die Lage einiger Staaten besorgniserregend sein mag, aber gesamthaft unter normalisierten Wirtschaftsverhältnissen von *einer generellen Überschuldung der Welt kaum die Rede sein kann*. Tatsächlich hat die leicht anziehende Konjunktur der letzten Zeit bereits in verschiedenen Ländern zu ermutigenden Besserungssymptomen geführt; sie sollten sich bei einer

Fortdauer der Erholung und einer Reduktion des Zinsniveaus rasch verstärken.

Zu hoffen wäre deshalb, dass die im Vorjahr wirtschaftspolitisch so konstruktiven Behörden der Industriestaaten den dadurch erzielten Zeitgewinn zur Lösung der Probleme nicht ungenützt verstreichen lassen. Einzelne in der Presse ventilierte Ideen, wie jene des generellen Schulden- und Zinsverzichts, mögen in dieser Hinsicht vielleicht buchhalterisch befriedigen. Mit den zentralen Aufgaben einer Zeit, die ein Stabilitätsziel – das Inflationsproblem – praktisch gemeistert hat, haben diese akademischen Glasperlenspiele wenig zu tun. Die *Aufmerksamkeit hätte vielmehr heute vor allem dem zweiten Hauptziel jeder Stabilitätspolitik, der Beschäftigung*, zu gelten.

Was deshalb vonnöten ist, wäre mutiges, zukunftsorientiertes Handeln, welches das Vertrauen in die wirtschaftlichen Perspektiven stärkt und die gestörten zwischenstaatlichen Kreditströme deblockiert. Wichtige Hemmnisse für einen neuen, von den verfügbaren Ressourcen her durchaus möglichen, langfristigen Aufschwung wären dadurch aus dem Wege geräumt.

Bedenkliche Politisierung des Bankgeschäfts

Wie immer dem aber sei, so hat die Diskussion der internationalen Verschuldungsproblematik – und damit kommen wir zum dritten Punkt unserer Betrachtungen – der Politisierung des Bankgeschäfts weiteren Vorschub geleistet. Den Banken, so wurde einmal gesagt, gehe es wie dem lieben Gott: Man brauche beide, aber beide könnten nicht allen alles recht machen. So reissen die Anfeindungen und Rufe nach behördlichen Massnahmen selten ab. Diesen ist aber in letzter Zeit bedenklich oft entsprochen worden.

Dass die Banken als wichtige Schnittstellen der Wirtschaftspolitik stärker als andere Branchen unter dem lenkenden Einfluss des Staates stehen, wissen sie. Sie zeigten deshalb für die Verstärkung der behördlichen Bankenaufsicht Verständnis, ebenso wie für die Totalrevision des Bankengesetzes und weiterer Vorschriften, wie insbesondere das neue Gesetz über die Schweizerische Nationalbank, der dadurch geldpolitische Instrumente von einer Wirksamkeit eingeräumt wurden, wie sie heute wohl keine andere Zentralbank der Welt besitzt.

Indessen sind die Banken nicht allein Instrumente der Geld- und Konjunkturpolitik. In einer freiheitlichen Wirtschaft müssen sie in bezug auf die *Akquisition der Ersparnisse*, vor allem aber auch bei der *Gewährung von Krediten und anderen Finanzierungen*, in die Wettbewerbsordnung

einbezogen bleiben. Nur wenn sie einen vernünftigen Freiheitsraum besitzen, kann die Marktwirtschaft richtig spielen. Die Ankündigung der Notenbank, gewisse dirigistische Waffen aus dem Instrumentarium, wie die Kontrolle der Kassenobligationensätze oder des Kapitalexports, künftig in ordnungskonformerer Weise einzusetzen, hat bei ihnen weitherum Genugtuung ausgelöst. Eine verschärfte Konkurrenz fürchten sie nicht. Ebenso nachdrücklich müssen sie aber der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass sie gegenüber *den weniger populären Konsequenzen dieser marktorientierten Politik*, wie insbesondere den denkbaren Tendenzen zu einer verstärkten Bankenkonzentration oder den bereits skizzierten Zinsfolgen, gleichfalls behördliche Schützenhilfe erhalten.

Dass dem so wäre, erscheint im heutigen Klima – mit Verlaub gesagt – einigermaßen zweifelhaft. Ein sprechendes Beispiel bildet die in den letzten Jahren noch angeheizte *Politisierung des Hypothekarsatzes*. Sie hat heute schon zur Folge, diesen Zinsfuss dem Spiel der Marktkräfte zu entfremden und den Mitteleinsatz vor allem im Wohnbaubereich zu gefährden.

Sollten, was sehr zu befürchten ist, die in die Verfassung übernommene *Preisüberwachung* und das geplante Konsumkreditgesetz die Tendenz zur staatlichen Einflussnahme noch verstärken, so könnte sich das für die Bankdienste zugunsten der Verbraucher und des Wohnungsbaus in der Schweiz auf längere Sicht sehr nachteilig auswirken. Angesichts der anderswo in dieser Hinsicht gemachten bitteren Erfahrungen kann man nur hoffen, die Schweizer müssten nicht am eigenen Leib erfahren, dass jene, die aus der Geschichte nichts lernen, verdammt sind, sie zu wiederholen. Schliesslich hat der berühmte Mr. Nader in seinem Pamphlet «Unsafe at any speed» nicht so sehr den Konsumenten und der Automobilindustrie Amerikas als deren ausländischer Konkurrenz geholfen.

Verschlechtertes Fiskalregime

Erfahrungen dieser Art mussten die Banken bedauerlicherweise bereits in der Fiskalpolitik erleben. Da die Steuerlasten bei uns heute mit 31 % des Bruttosozialproduktes international eine ansehnliche, etwa mit den Vereinigten Staaten vergleichbare Höhe erreichen, ist der frühere fiskalische Standortvorteil fast dahin. Der erhöhte Börsenumsatzstempel vertrieb erwartungsgemäss den zuvor in Zürich domizilierten Eurobondhandel und die Umsatzsteuer auf Gold einen Teil dieses Goldgeschäfts aus der Schweiz. Selbst die Tatsache, dass die Banken mit jährlichen Steuerleistungen von über 3 Milliarden Franken unter allen Wirtschaftszweigen der grösste Steuerzahler sind, brachte die Diskussion über Bankensondersteuern nicht zum Schweigen. Die verschiedenen Projekte, wie Devisen-

steuern, Bilanzsummen-Abgaben oder Treuhandkonti-Besteuerung, wurden zwar glücklicherweise nicht verwirklicht. Sie haben aber manchen Bankkunden verunsichert.

Dass diese Skepsis durch die *sozialistische Initiative gegen die Banken* geschürt wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Erstmals wurde in der Schweiz selber eine Breitseite gegen wichtige Fundamente abgefeuert, auf denen das Bankwesen ruht. Entsprechend stark ist vor allem jenseits unserer Grenzen das Malaise. Glücklicherweise scheint eine von Meinungsumfrage zu Meinungsumfrage wachsende Mehrheit der Stimmbürger zur Ablehnung dieser Initiative entschlossen.

Wirtschaftliche Schwächung des Finanzplatzes

Neben politischen und stimmungsmässigen Elementen haben auch *wirtschaftliche Kräfte* die Rahmenbedingungen des Finanzplatzes Schweiz während des letzten Jahrzehnts merklich verschlechtert. So erreicht der wichtigste Kostenfaktor des Bankbetriebs – die *Saläre* – bei uns *ein Weltspitzenniveau*. Am Erfolg der Branche hatte das Personal somit erheblichen Anteil. Die seitens der Personalvertreter oft geäusserte Ansicht, die gerade jetzt wieder erfreulichen Gewinne der Banken erlaubten heute noch stärkere Aufbesserungen, schlägt in keiner Weise durch. Einmal sind die Erträge von Institut zu Institut nicht nur sehr uneinheitlich, sondern werden, augenblicklich überall zu einem schönen Teil für die in unserer unsicheren Zeit erforderlichen Rückstellungen und Abschreibungen für In- und Auslandsrisiken benötigt.

Sodann müssen die Banken auf gesamtwirtschaftliche Erwägungen Rücksicht nehmen. Angesichts der Tatsache, dass rund vier Fünftel des schweizerischen Sozialproduktes auf Löhne und Gehälter entfallen, ist seitens aller Sozialpartner beim Begehren wie auch beim Gewähren Umsicht geboten. Gerade hier könnte durch exzessive Entwicklungen die weltweite Konkurrenzkraft der Schweiz bedroht und damit der so erfreuliche Zustand niedriger Erwerbslosigkeit gefährdet werden. Diese kostenbedingten Wettbewerbshemmnisse werden neuerdings auch im Bankbetrieb vermehrt spürbar. Zudem machen der meist angespannte Arbeitsmarkt und die strengen Gastarbeitervorschriften hierzulande die Personalrekrutierung erheblich schwieriger als anderswo.

Redimensionierung im Gang

Im Gegensatz zur Schweiz waren überdies *ausländische Finanzplätze in letzter Zeit fortgesetzt um die Verbesserung ihrer Attraktivität bemüht*. Das

gilt keineswegs bloss für die kleinen «off-shore»-Zentren, wie die Bahamas, Bahrein oder Panama. Auch Grossstaaten schalteten sich ein. Zu nennen wäre *England*, dessen Banken mit ihrer bedeutenden internationalen Erfahrung seit der wiederhergestellten Pfundkonvertibilität die schweizerischen Institute in allen Sparten, nicht zuletzt in der Anlageberatung, dem Börsen- und Devisenhandel, hart konkurrenzieren; darüber hinaus bietet das Land international tätigen Firmen ein attraktives Steuerregime.

Ein weiteres Beispiel bilden die *Vereinigten Staaten*, die jüngst mit den «off-shore»-Fazilitäten neue bankgeschäftliche Möglichkeiten schufen. Sollten sie, wie jetzt geplant ist, von ihrem aufgesplitterten Bankensystem zum Universalbank-Typ zurückkehren, so hätten die hiesigen Institute gegenüber diesen heute schon mächtigen Konkurrenten einen sehr wertvollen, jetzt noch vorhandenen Wettbewerbsvorteil eingebüsst. Ihr Ringen um einen Platz an der Sonne des internationalen Finanzgeschäfts würde dadurch weiter erschwert.

Im Banne dieser Tendenzen hat sich *der schweizerische Finanzplatz neuerdings bereits langsamer entwickelt als manches fremde Zentrum*. Deutlich wird dieser Klimawechsel dadurch signalisiert, dass der in den sechziger und ersten siebziger Jahren noch rege Zustrom ausländischer Banken nach der Schweiz seither eher verebbt ist. Dafür sind die Schweizer Banken, die bis Mitte der sechziger Jahre fast ihr ganzes internationales Geschäft von unserem Land aus tätigten, vermehrt in die Welt hinausgezogen. Anfang der sechziger Jahre besaßen die fünf Grossbanken – Filialen, Vertretungen und Tochtergesellschaften zusammengerechnet – erst 15 Aussenstellen in fremden Staaten; bis Ende 1982 ist die Zahl auf 134 Einheiten angewachsen. Seit einigen Jahren steigt, wenigstens bei meiner Bank, auch die Zahl der im Ausland tätigen Mitarbeiter und der an fremde Staaten abgeführten Steuern rascher als im Inland.

Zur technischen Revolution des Bankbetriebes

Dass die Banken trotzdem ihre Personalbestände in der Schweiz weiter erhöhen konnten, ist vor allem der skizzierten, *raschen Anpassung des Geschäfts an die sich wandelnden Verhältnisse* zu danken. In einer anderen Facette zeigt sich diese Elastizität in ihren steten Anstrengungen, die Arbeitsabläufe im eigenen Betrieb zu automatisieren, zu rationalisieren und zu modernisieren.

Dieser *Prozess der technischen Umwälzungen* hat in den letzten zwei Jahrzehnten auch den Bankberuf tiefgreifend gewandelt. Lange Reihen von auf hohen Stühlen sitzenden Buchhaltern, Handarbeit beim Noten- oder

Wertpapierzählen, mühevollere rechnerische und kontrollierende Routinearbeit bei Kontoabschlüssen oder Zahlungsaufträgen gibt es kaum mehr. Sie sind durch den Computer ersetzt. Anstelle der hergebrachten Banktätigkeiten sind an der Geschäftsfront wie in den Stäben neue Aufgaben getreten, die an die Phantasie, Initiative, Kenntnisse und Intelligenz der Mitarbeiter besondere Anforderungen stellen.

Parallel hierzu hat sich der *Produktivitätsfortschritt* im Bankwesen beträchtlich beschleunigt; bei meinem Institut erreicht er seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre rund 4 bis 5 % jährlich je Mitarbeiter. Da die Dinge bei anderen grossen Banken nicht viel anders liegen werden, dürfte der Produktivitätszuwachs in Teilen der Kreditwirtschaft neuerdings jenen der Industrie übertroffen haben, hinter dem er früher nachhinkte. Dank dieser Entwicklung konnten bisher auch die Konkurrenz Nachteile einiger Massen verdaut werden, die aus dem hohen schweizerischen Kostenniveau resultieren.

Notwendiges Verständnis

Fast auf der ganzen Front ihrer Arbeit stehen somit die schweizerischen Banken Wandlungen gegenüber. Neu sind viele ihrer Geschäfte, neu auch ihre Techniken. Ihre Mitarbeiter befreien sie vom alten Trott. Sie führen sie jetzt in die *Informatik* ein, die nach Ansicht mancher die Grundlage der Wirtschaft von morgen bilden wird. So mögen sie in unserem Land Wegbereiter und Bahnbrecher auf diesem Gebiet sein.

Unverkennbar ist ihre Zukunft aber keineswegs unbeschwert. Das Ausland verstärkt seinen Konkurrenzdruck. Im Inland gelten sie häufig als Prügelknaben. Will sich das Schweizer Volk die wirtschaftlichen und politischen Vorteile eines international angesehenen Bankwesens erhalten, so wird es vor allem die *sozialistische Initiative gegen die Banken entschieden ablehnen müssen*. Diese rührt keineswegs an kreditpolitischen Randerscheinungen, sondern *gefährdet Konstanten schweizerischen Wirtschafts- und Staatsdenkens*.

Aber auch sonst muss das Bankwesen als wichtiger moderner Wirtschaftszweig von Politik und Staat ein ähnliches Verständnis erwarten, wie es heute bereits anderen Sparten – Handel, Industrie und Tourismus – zuteil wird. Geschieht das, so werden die Banken erfolgreich bleiben und unserem Volk weiterhin jene wertvollen Dienste leisten, die sie in der Vergangenheit erbracht haben.